

09.10.2013

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1611 vom 10. September 2013
des Abgeordneten Dirk Wedel FDP
Drucksache 16/3972

Geheimoffensive des Justizministers zur Transparenz

Der Justizminister hat die Kleine Anfrage 1611 mit Schreiben vom 8. Oktober 2013 namens der Landesregierung beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

In der 18. Sitzung des Rechtsausschusses vom 03.07.2013 verblüffte der Staatssekretär im Justizministerium im Zusammenhang mit besonderen Vorkommnissen im Justizvollzug mit der Neuigkeit, Justizminister Kutschaty habe bei Amtsantritt eine Transparenzoffensive gestartet (APr 16/293, Seiten 45 und 49). Im Hinblick auf den Gegenstand der Transparenz besonders bemerkenswert erscheint daran, wie diese Offensive über knapp drei Jahre der Öffentlichkeit und dem Landtag verborgen bleiben konnte. In den rechtspolitischen Zielen der Landesregierung für die 15. Wahlperiode erwähnte der Justizminister das Stichwort Transparenz lediglich im Zusammenhang mit der Binnenmodernisierung der Justiz und dem internationalen Registerwesen (vgl. APr 15/35, Seiten 7f. und 16). Nur die Transparenz im internationalen Registerwesen wurde vom Justizminister in die rechtspolitischen Ziele der Landesregierung für die 16. Wahlperiode aufgenommen (vgl. APr 16/41, Seite 21). Verlautbarungen des Justizministeriums zur Transparenzoffensive des Ministers sind weder bekannt noch ersichtlich. Ganz im Gegenteil hat der intransparente Umgang mit zahlreichen Vorfällen im Justizvollzug gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament massive Kritik erfahren. Die Transparenzoffensive des Justizministers vollzieht sich dementsprechend offensichtlich im Geheimen.

- 1. *Wie ist es gelungen, die Transparenzoffensive des Justizministers seit dessen Amtsantritt bis zum 03.07.2013 vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten?***

Datum des Originals: 08.10.2013/Ausgegeben: 14.10.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

2. **Welche konkreten einzelnen Maßnahmen wurden im Rahmen der Transparenzoffensive des Justizministers seit dem 15.07.2010 bereits umgesetzt (bitte unter Mitteilung des jeweiligen Datums der einzelnen Maßnahme)?**
3. **Welche konkreten einzelnen Maßnahmen beinhaltet die Transparenzoffensive des Justizministers über die bereits umgesetzten Maßnahmen hinaus?**
4. **Bis zu welchem Zeitpunkt ist jeweils mit einer Umsetzung der noch offenen Maßnahmen der Transparenzoffensive des Justizministers zu rechnen?**
5. **Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung nunmehr, die Öffentlichkeit an der Transparenzoffensive des Justizministers teilhaben zu lassen?**

Die Landesregierung verfolgt seit ihrem Regierungsantritt im Juli 2010 offensiv das Ziel, den Justizvollzug modern, transparent und auf wissenschaftlich neuester Grundlage zu gestalten. Denn es ist ihr erklärtes Ziel, die Resozialisierung inhaftierter Straftäter durch einen wirksamen Behandlungsvollzug weiter zu verbessern. Hierzu hat sie schon wenige Wochen nach Regierungsantritt die Arbeit an einem Vollzugskonzept aufgenommen, welches bereits zum Jahresende 2010 vorgelegt wurde. Dieses Konzept war der Ausgangspunkt für die im Februar 2011 beginnende Arbeit an den Leitlinien für den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen. Diese Leitlinien sind in den folgenden Monaten vom Justizministerium unter Beteiligung von Praktikern aus dem Bereich des Justizvollzugs und Mitwirkung des Justizvollzugsbeauftragten entwickelt worden. Ziel der Diskussion um die Leitlinien war es, der Vollzugspraxis transparente Orientierungshilfe bei ihrer täglichen Arbeit zu geben, aber auch der Öffentlichkeit ein realistisches Bild von den Arbeitsabläufen des auf einen modernen und transparenten Behandlungsvollzug ausgerichteten Justizvollzug zu ermöglichen. Das Kabinett hat die 13 Punkte umfassenden Leitlinien in der Sitzung vom 14. Februar 2012 gebilligt. Anschließend hat die Landesregierung diese in einer Pressekonferenz am 27. Juni 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem sind die Leitlinien auch im Internet unter

https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/Justizvollzug/index.php

veröffentlicht. Die Leitlinien sind aus der Sicht der Landesregierung ein großer und bundesweit einmaliger Schritt, um dem Justizvollzug einen klaren Handlungsrahmen zu geben und diesen zugleich der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Denn die Transparenz der Arbeitsabläufe des Justizvollzugs ist im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein zentraler Punkt. Die Leitlinie 13 behandelt daher auch ausdrücklich den Bereich "Öffentlichkeitsarbeit". Darin heißt es u. a.:

"Der Vollzug darf - gerade in der öffentlichen Wahrnehmung - nicht auf wenige negative Vorkommnisse reduziert werden. Öffentlichkeitsarbeit im Strafvollzug hat daher vor allem die Aufgabe aufzuzeigen, welche wichtige und erfolgreiche Arbeit hinter den Mauern einer Justizvollzugsanstalt geleistet wird. Hierzu müssen etwa die Hintergründe vollzuglicher Maßnahmen, z.B. der Gewährung von Vollzugslockerungen, aber auch die Gründe für eine stark gesicherte Unterbringung von Gefangenen immer wieder erläutert werden."

Der Justizminister hat daher seit seinem Amtsantritt 53 Termine in Justizvollzugsanstalten wahrgenommen und darüber hinaus in diversen Diskussionsveranstaltungen und Preseterminen ein realistisches Bild von der schwierigen und anspruchsvollen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im nordrhein-westfälischen Justizvollzug gezeichnet. Daneben hat der Justizminister das Parlament und die Öffentlichkeit über besondere Vorkommnisse unterrichtet und hierbei stets entsprechend Leitlinie 13 den Schwerpunkt darauf gelegt, nicht

etwa ein einzelnes Ereignis in den Vordergrund zu stellen, sondern die regelmäßigen Arbeitsabläufe in den Justizvollzugsanstalten transparent zu machen.

Diese Arbeit der Landesregierung ist auf großes mediales Echo gestoßen, was durch die Vielzahl der Presseartikel zu den einzelnen Besuchen des Justizministers in den Justizvollzugsanstalten belegt ist. Diese erfolgreiche Arbeit wird die Landesregierung auch weiter fortsetzen und intensivieren.